Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 53.

№ 253. Sonnabend, 27. Oktober 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wirtschaftskrise.

Von unserem Berliner Vertreter.

gu. Nicht nur von Wirtschaftsvertretern des Auslandes, sondern auch sehr oft von deutschen Wirtschaftspolitikern wird in letzter Zeit immer wieder mit dem Schlagwort der „wirtschaftlichen Erstarkung Deutschlands" nach dem Weltkriege gearbeitet. Besonders häufig hört man dieses Schlagwort bei den Eröffnungsfeierlichkeiten größerer Ausstellungen und bei sonstigen Veranstaltungen, die dazu dienen sollen, einem größeren Kreis von Interessenten vor Augen zu führen, was Deutschland alles zu leisten imstande ist. Nach außen hin wirkt das natürlich sehr nett, und es läßt sich gegen eine derartige Propaganda der deutschen Wirtschaft verhältnismäßig wenig sagen. Wenn man jedoch die Verhältnisse etwas näher betrachtet, gewinnt man sehr bald den Eindruck, als ob bei diesen Lobeshymnen doch tatsächlich viel übertrieben wird.

Wir wollen uns doch einmal ganz ehrlich fragen, welche der vielen deutschen Wirtschaftsgruppen denn eigentlich augenblicklich zufrieden ist. Die Arbeitnehmer sind es nicht die Arbeitgeber aber noch viel weniger. Gewiß, Anlaß zum Klagen hat heute wohl fast jeder Deutsche. Das Traurigste ist aber dabei, daß diese Klagen zum allergrößten Teil berechtigt sind.

Da sind zunächst einmal die Arbeitnehmer, die, soweit sie überhaupt Arbeit haben, zu annähernd 80 Prozent nicht das verdienen, was sie in Anbetracht des seit dem Kriegsende immer mehr und mehr gestiegenen Lebenshaltungsindex zur Bestreitung des Lebensunterhalts für sich und ihre Familien unbedingt brauchen. Ganz abgesehen davon, daß sich heute jeder Deutsche infolge der allgemeinen Verarmung Beschränkungen auferlegen muß, besteht doch die Behauptung zu Recht, daß heute die weitaus größten Schichten unseres Volkes, namentlich aber die Arbeitnehmer, die auf feste Bezüge angewiesen sind, vielfach bittere Not leiden. Wir wollen hierbei nur an die vielen Tausende von Arbeitslosen denken, die, wenn sie wirklich das Glück haben, nach mehrmonatiger Stellenlosigkeit wieder Arbeit zu finden, den größten Teil für Schulden abzuzahlen haben, die sie während der Zeit der Arbeitslosigkeit haben aufnehmen müssen. Ganz unberücksichtigt wollen wir hierbei die gleichfalls nach tausenden zählenden Fälle lassen, in denen die Arbeitnehmer in Kurzarbeit stehen oder von ihren Arbeitgebern infolge schlechter Geschäftslage ihr Gehalt oder ihren Lohn nicht pünktlich ausbezahlt erhalten. Das wahre Bild der Lage ergibt sich aus folgender kleinen Zusammenstellung: Augenblicklich stehen 50 000 Werftarbeiter der Nord- und Ostseewerften, fast die ganze Arbeiterschaft des Hamburger Hafens, sowie 45 000 Textilarbeiter am linken Niederrhein im Lohnkampf. Die Textilindustrien drohen die Gesamtaussperrung der deutschen Textilarbeiter zum 3. November an, wodurch gegebenenfalls 120 000 Textilarbeiter in Deutschland ausgesperrt werden. 210 000 Metallarbeiter der Stahl- und Eisenindustrie des Bezirkes Nord-West stehen vor einem großen Wirtschaftskampf, dessen Ausgang von wesentlicher Bedeutung für fast 3 Millionen deutscher Arbeiter sein wird, deren Tarifabkommen in den nächsten Wochen ablaufen. Von einsichtigen Wirtschaftspolitikern wird ohne weiteres zugegeben, daß alle diese Lohnkämpfe in der Mehrzahl durchaus berechtigt sind, daß es sich also um Forderungen seitens der Arbeitnehmer handelt, die durchaus Berücksichtigung verdienen, die aber wohl kaum Verwirklichung finden dürften, weil die Arbeitgeber zum allergrößten Teil einfach nicht dazu imstande sind, höhere Löhne zu zahlen.

Wie es nun dagegen im Arbeitgeber-Lager aussieht, darüber erfahren wir von einem namhaften Wirtschaftspolitiker das folgende: Jeder Zweig unserer Wirtschaft lebt heute nur noch von Krediten. Durch die Steuerpolitik wird jede Kapitalbildung und somit auch eine Gesundung unserer Wirtschaft verhindert. In den kleineren und mittleren Städten brechen die Gewerbebetriebe massenweise zusammen. Trotz Nachweises, daß die Landbevölkerung nur Sonntags zum Einkauf in diese Städte käme, wird eine zweistündige Sonntagsverkaufszeit abgelehnt. In den östlichen Grenzbezirken, die nachgerade unter der wirtschaftlichen Not am meisten zu leiden haben, nimmt man den Städten die Garnisonen fort. Alles dies hat bereits eine Abwanderung der bodenständigen Bevölkerung veranlaßt, und muß unbedingt zu weiterer Entvölkerung unserer Ostgebiete führen, was einen bedeutenden nationalen und kulturellen Schaden für Deutschland bedeutet. Sind schon die Steuern an sich untragbar, so hat jetzt noch der Reichsstädtebund ein den Erfordernissen der Wirtschaft geradezu entgegenstehendes Steuerprogramm aufgestellt. Die Erfüllung der Reparationen auf der Grundlage der Auslandskredite ist ebenso verhängnisvoll für die deutsche Wirtschaft wie der übertriebene innere Staatsaufwand. Alle Ansätze der Verwaltungsreform scheitern an dem Widerstand gewisser Ressorts. Das Arbeitsministerium will der Welt eine vorbildliche Sozialversicherung zeigen und vergißt dabei ganz, daß wir als verarmtes Volk gar nicht in der Lage sind, den risikolosen Menschen zu schaffen. Für das kommende Jahr müssen wir mit etwa 400 bis 500 Millionen Mark neuen Steuern rechnen. Wenn die neuen Lohnkämpfe zu einer Lohnerhöhung führen, dann sei ein Abebben der Welle nicht zu übersehen. Die Gewerbetreibenden in den kleinen und mittleren Städten haben augenblicklich wohl am schwersten zu tragen. Der Großindustrie geht es aber auch nicht viel besser, wenn diese auch eher dazu in der Lage ist, sich ausreichende Kredite zu beschaffen, was für den kleinen Gewerbetreibenden heute fast ein Ding der Unmöglichkeit ist.

„Graf Zeppelin" startbereit zur Rückfahrt.

Der Rundflug des „Graf Zeppelin" aufgegeben.

)(Lakehurst. **Dr. Eckener hat den geplanten Rundflug des „Graf Zeppelin" nach dem mittleren Westen der Vereinigten Staaten aufgegeben.**

Dr. Eckener erklärte dazu, er hoffe die jetzt aufgegebene Fahrt nachholen zu können, wenn das Luftschiff auf dem noch diesen Herbst geplanten zweiten Ozeanflug wieder nach den Vereinigten Staaten komme. **Der Hauptzweck seines ersten Fluges sei gewesen zu zeigen, daß die Strecke über den nördlichen Atlantischen Ozean, sowie andere überseeische Fahrten mit dem Luftschiff sicher und verläßlich zurückgelegt werden können.**

Um diesen Hauptzweck der Fahrt nicht zu schädigen, sei es wesentlich, die Rückfahrt nach Europa ohne allzu große Verzögerung anzutreten.

Dr. Eckener über die Aenderung seiner Entschlüsse.

)(Lakehurst. Dr. Eckener hat an den Bürgermeister von Chicago, Thompson ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm für das Interesse dankt, das die Stadt Chicago dem geplanten Besuch des Luftschiffes entgegengebracht hat, und die Hoffnung ausspricht, daß es ihm möglich sein werde, nach dem nächsten Amerikaflug auch den mittleren Westen mit dem „Graf Zeppelin" zu besuchen.

In der Erklärung Dr. Eckeners, in der er endgültig mitteilt, daß er für den Augenblick auf den Flug nach dem mittleren Westen verzichten müsse, führt er u. a. aus: **„Wir wollen zeigen, daß wiederholte Transozeanflüge in kurzen Zwischenräumen erfolgen können,** und ich möchte deshalb meinen Aufenthalt in diesem gastfreundlichen Lande diesmal nicht über den ungefähren Zeitraum von zwei Wochen ausdehnen. Ich bedaure tief, daß es mir jetzt unmöglich ist, den „Graf Zeppelin" der Bevölkerung der Städte des mittleren Westens zu zeigen, die eine so große Begeisterung für den geplanten Besuch an den Tag gelegt hat."

Die Vorbereitungen für die Rückfahrt.

)(Newyork. Wie „Associated Preß" aus Washington meldet, hat Dr. Eckener dem Marineamt mitgeteilt, **„Graf Zeppelin" werde am Sonntag zum Aufstieg für die Rückfahrt bereitliegen, die sobald als möglich angetreten werden soll.** Er ersuchte um die Beschaffung von Wetterberichten für den von ihm geplanten Kurs, Leutnant Commander Wicks von der Marineluftstation Lakehurst hat mit der Beschaffung von Blaugas und Wasserstoff für die Rückfahrt des „Graf Zeppelin" begonnen. In Lakehurst glaubt man nicht, daß die Rückfahrt vor Montag angetreten wird. Leutnant Commander Wicks, der auch die Reparaturen an der beschädigten Stabilisierungsflosse geleitet hat, erklärte, daß die Marinestation über einen Vorrat von 735 000 Kubikfuß Blaugas verfüge, und daß sie etwa 140 000 Kubikfuß Wasserstoff liefern werde. Nachdem der Entschluß Dr. Eckeners, mit Rücksicht auf die Wetterlage den Flug nach dem mittleren Westen aufzugeben, endgültig geworden sei, habe man gestern nachmittag um 2 Uhr amerikanischer Zeit **begonnen, die Blaugaszellen an Bord des „Graf Zeppelin" aufzufüllen.**

)(Lakehurst. **Beamte der Marinestation teilten mit, daß die Landungsmannschaften Befehl erhalten haben, sich von Sonntag nachmittag 5 Uhr an bereitzuhalten,** um beim Aufstieg des „Graf Zeppelin" zur Rückfahrt nach Europa Hilfsdienst zu leisten.

Der Wetterdienst für „Graf Zeppelin".

)(Washington. Die bereits kurz gemeldete **Bitte Dr. Eckeners um Uebermittlung von Wetterberichten** ist dem Marineamt vom Kommandanten der Marineluftschiffstation Lakehurst, Jackson, übermittelt worden. Wie er mitteilte, ersucht Dr. Eckener um die Uebermittlung der allgemeinen Wetterberichte und der Wettervoraussagen während der nächsten Tage und um die Uebermittlung des Ozeanwetterdienstes während der auf den Abflug von Lakehurst folgenden zwei Tage, soweit möglich. Nach zwei Tagen hofft Dr. Eckener, bereits von Bord des Luftschiffes aus in dauerndem Verkehr mit den europäischen Wetterstationen zu stehen. Wie verlautet, hat das Marineamt bereits die Lieferung dieser Berichte zugesagt.

Ein besonders trostloses Kapitel für sich bildet die augenblickliche Lage der Landwirtschaft. Wenn auch hier wie überall der Grundsatz Geltung hat, daß bei der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen Uebertreibungen zulässig sind, so muß doch anerkannt werden, daß gerade bei der deutschen Landwirtschaft augenblicklich eine Notlage besteht, die man unmöglich ableugnen kann. Naturgemäß leiden auch hier die Arbeitnehmer mehr als die Arbeitgeber. Dazu kommen dann noch die vielen kulturellen Sorgen, die mit der schwerbedrohten deutschen Wirtschaftslage Hand in Hand gehen. Wir wollen hierbei nur an die nachgerade zur Katastrophe gewordene Wohnungsnot denken über deren Linderung sich die bedeutendsten deutschen Volkswirtschaftler und Wirtschaftspolitiker zur Zeit vergebens die Köpfe zerbrechen.

Wie Deutschland aus all diesen Sorgen und Nöten herauskommen soll, ist heute noch der Mehrzahl aller Wirtschaftspolitiker ein Rätsel. Vorschläge zu einer Besserung und Abhilfe werden zwar in Hülle und Fülle gemacht. Diese zu verwirklichen hält jedoch sehr schwer, da es in den allermeisten Fällen geradezu unmöglich ist, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen unter einen Hut zu bringen oder sie doch wenigstens so gegen einander abzuwägen, daß beide Teile lebensfähig bleiben. In den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und neuerdings auch in Schweden hat man mit einem gewissen Erfolg versucht, durch gemeinsame Verhandlungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Wirtschaftszweige zu einem gewissen Ziel zu gelangen. Durch Einigungen, wie sie bei diesen Verhandlungen erzielt wurden, ist zum mindesten erreicht worden, daß sich der Inlandsmarkt gestärkt hat. Vielleicht beschreitet Deutschland auch einmal diesen Weg. Empfehlen würden wir allerdings, daß dieses möglichst bald geschieht.

Konferenz des Reichsjustizministers mit den Regierungen der Länder.

)(Berlin. Im Reichsjustizministerium fanden am 25. und 26. dieses Monats unter dem Vorsitz des Reichsministers der Justiz Koch-Weser **Besprechungen mit den Regierungen der Länder über Fragen aus dem Gebiete der Gesetzgebung und der Justizverwaltung** statt. Der preußische Justizminister, die bayerischen Minister der Justiz und des Innern, die Justizminister von Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig und Anhalt, der Staatspräsident von Oldenburg, sowie die Leiter der Justizverwaltungen von Hamburg und Bremen waren persönlich erschienen.

Am ersten Tage wurden die **wichtigsten Punkte aus dem Gebiete des Einführungsgesetzes zum künftigen Strafgesetzbuch** erörtert. Die Beratungen betrafen zunächst die Frage, inwieweit im Rahmen der Strafrechtsreform Aenderungen in Aufbau und Zuständigkeit der Strafgerichte vorzunehmen sind, ferner wurde eine Reihe strafprozessualer Probleme, darunter die Einschränkung der Eide und die Regelung der Wiederaufnahme des Verfahrens durchgesprochen. Weiterhin beschäftigte man sich mit der strafrechtlichen und strafprozessualen Behandlung der Jugendlichen und der Minderjährigen, die über 18 Jahr alt sind.

Die Beratungen am 26., an denen auch die übrigen Reichsressorts teilnahmen, hatten die **Frage der Neuordnung des juristischen Ausbildungswesens** zum Gegenstande. Die Aussprache ergab erfreulicherweise, daß ebenso wie bei den Reichsressorts auch bei den Landesregierungen der einmütige Wunsch nach einem für das ganze Reich einheitlich gestalteten Ausbildungsgange besteht, der den Zugang sowohl zum Richteramt und zur Rechtsanwaltschaft wie zum höheren Verwaltungsdienst eröffnen soll. Nach eingehender Erörterung der Fragen wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen, in die das Reichsjustizministerium, das Reichsministerium des Innern, das preußische Justizministerium, das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, das preußische Ministerium des Innern, sowie die Regierungen der übrigen größeren Länder je ein Mitglied entsenden werden. Die Kommission soll, entsprechend der von der überwiegenden Mehrzahl der Länder vertretenen Auffassung, Vorschläge auf der Grundlage einer 6½jährigen Gesamtdauer des Ausbildungsganges, einschl. einer mindestens halbjährigen Verwaltungspraxis, ausarbeiten. Die Kommission wird ihre Arbeiten beschleunigen. Sobald ihre Vorschläge vorliegen, wird der Reichsminister der Justiz die Konferenz erneut zusammenberufen.

Tarifkündigung in der Sächsischen Industrie.

* Zittau i. Sa. **Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostsachsen hat heute den Lohntarif der Arbeiter zum 30. November ds. Js. gekündigt. Die Textilindustrie Ostsachsen beschäftigt insgesamt 45—50 000 Arbeiter.**

Die Rote Kreuz-Konferenz in Amsterdam.

* Haag. (Telunion.) Zu Beginn der Vollsitzung der Roten-Kreuz-Konferenz erklärte der Präsident der Roten-Kreuz-Liga in Paris, Payne, daß diese bei der gestrigen Gouvernements-Versammlung ihre Statuten dem neukonstituierten Internationalen Roten Kreuz angepaßt habe.

Da das Internationale Rote-Kreuz-Komitee in Genf am 12. Oktober bereits eine entsprechende Aenderung seiner Statuten vornahm, tritt diese neue Organisation nunmehr in Kraft.

Der Kongreß behandelte dann den **Schutz der Zivilbevölkerung** gegen den Giftgaskrieg, den Schutz gewisser Teile der Bevölkerung im Falle einer Blockade, die Sanitätsflugzeuge, die Rolle des Roten Kreuzes im Falle von Sanktionen des Völkerbundes, Verminderung der Anzahl von Vermißten und eine Reihe von Bestimmungen über das Personal und Material des Roten Kreuzes. In einer weiteren Entschließung über den Giftgaskrieg erinnerte der Kongreß daran, daß das Völkerrecht Angriffe auf die Zivilbevölkerung verurteile.